

**Offizielle**  
Arbeitslosigkeit im  
Juni 2018

**2.275.787**

**Tatsächliche**  
Arbeitslosigkeit im  
Juni 2018

**3.216.689\***

**\* Nicht berücksichtigt wurden:**

Älter als 58, beziehen Arbeitslosengeld I und/oder ALG II .....	166.914
Ein-Euro-Jobs .....	74.740
geförderte Arbeitsverhältnisse .....	6.929
fremd geförderte Arbeitsverhältnisse .....	251.982
Bundesprogramm Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt .....	15.686
berufliche Weiterbildung .....	155.836
Aktivierung und berufliche Eingliederung .....	194.876
Beschäftigungszuschuss für schwer vermittelbare Arbeitslose .....	2.091
Krankheit (§146 SGB III) .....	71.848
<b>Nicht gezählte Arbeitslose gesamt .....</b>	<b>940.902</b>

Quellen: Bundesagentur für Arbeit: Arbeits- und  
Ausbildungsstellenmarkt in Deutschland, Monatsbericht 6/2018

## Schönreden der Situation von Erwerbslosen muss ein Ende haben

Pressemitteilung von Sabine Zimmermann, 29. Juni 2018

**„Von großen Erfolgen am Arbeitsmarkt oder gar Vollbeschäftigung ist Deutschland weit entfernt. Mehr als jeder dritte Erwerbslose ist länger als ein Jahr ohne Arbeit. Die durchschnittliche Dauer der Erwerbslosigkeit im Hartz-IV-Bereich hat sich in den vergangenen Jahren deutlich erhöht. Bei den Langzeiterwerbslosen, die ihre Arbeitslosigkeit beenden können, ist nur in rund jedem achten Fall eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt der Grund dafür. Die Große Koalition redet die Lage schön und tut viel zu wenig, um erwerbslosen Menschen zu helfen. Das muss endlich ein Ende haben. Es muss deutlich mehr Geld zur Unterstützung von Erwerbslosen bereitgestellt werden“, erklärt Sabine Zimmermann, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zum aktuellen Monatsbericht der Bundesagentur für Arbeit. Zimmermann weiter:**

„Erwerbslose in Deutschland sind im EU-weiten Vergleich am stärksten von Armut bedroht. Das Armutsrisiko liegt hierzulande bei 70,8 Prozent. Die

Verarmung von Erwerbslosen muss endlich gestoppt werden. Seit den Hartz-Reformen wird die soziale Sicherung für Erwerbslose überwiegend Hartz IV überlassen. Alternativen dazu liegen schon lange auf dem Tisch, werden von der Bundesregierung aber ignoriert: Der Zugang zu ausreichenden Leistungen der Arbeitslosenversicherung muss erleichtert werden. Und Hartz IV muss durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzt werden, die wirklich vor Armut schützt und Teilhabe ermöglicht.“